

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 0886846 ppbr d



Inhalt

Egon Bahr MdB begrüßt
Andropows Vorschlag für
eine Weltraumvereinba-
rung: Eine alte Forde-
rung der SPD.

Seite 1

Hermann Bachmaier MdB
beschreibt eine rechts-
politische "Geister-
fahrt": Engelhard und
die FDP in der Rolle der
Vollzugsgehilfen.

Seite 2

Alfred Büllersbach, Bre-
mens Datenschutzbeauf-
tragter, zeigt Verständ-
nis für Klagen gegen den
neuen Personalausweis:
Skepsis angebracht.

Seite 4

Herbert Moser MdL schil-
dert, wie in Baden-Würt-
temberg der Verfassungs-
auftrag CDU-Zielen unter-
geordnet wird: Ende der
Friedenserziehung?

Seite 6

Zeitschriften-Besprechung
Die "Sozialistische
Tribüne".

Seite 8

38. Jahrgang / 158

19. August 1983

Eine alte Forderung der SPD

Andropow schafft gute Voraussetzungen für Weltraumverein-
barung

Von Egon Bahr MdB

Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüs-
tungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen
Bundestages

"Keine Waffen im Weltraum" ist eine alte Forderung der
SPD. Vereinbarungen zu treffen, um keine qualitativ neuen
Waffensysteme insbesondere im Weltraum einzuführen, ist
eine Haltung, die auch international weitgehend von den
Fachleuten geteilt wird. Die Vorschläge Andropows entspre-
chen den Erkenntnissen und Notwendigkeiten, den Rüstungs-
wettlauf im Weltraum zu stoppen.

Die einseitige Verpflichtung der Sowjetunion, nicht als
erste Waffensatelliten in den Weltraum zu bringen, ist
eine gute Voraussetzung für die notwendigen Verhandlungen
und kontrollierbare Vereinbarungen, damit der Weltraum für
alle Zeit waffenfrei bleibt. Die Probleme auf unserem Glo-
bus sind kompliziert genug.

Es ist zu hoffen, daß die USA die sowjetischen Vorschläge
konstruktiv aufnimmt. (-/19.8.1983/vc-he/oa)



Rechtspolitische "Geisterfahrt"

Engelhard und die FDP in der Rolle der Vollzugsgehilfen

Von Hermann Bachmaier MdB

Zunehmend deutlicher zeichnen sich die Konturen ab, die innen- und rechtspolitisch die von den Konservativen gepriesene Wende markieren. Die Marschzahl wird hierbei vom konservativen Innenminister Zimmermann vorgegeben, der mittlerweile auch weitgehend den rechtspolitischen Rahmen der Regierung bestimmt. Justizminister Engelhard und die FDP spielen bei der an vielen Fronten eingeleiteten Wende nur noch die Rolle von Vollzugsgehilfen und Mehrheitsbeschaffern.

Die FDP insgesamt, früher durchaus mit Recht stolz auf ihre Rolle als "Hüterin des freiheitlichen Rechtsstaates" und selbst mit an dessen Ausbau in 13 Jahren sozial-liberaler Koalition beteiligt, hat auf breiter Front den Rückzug angetreten und den Konservativen das Gesetz des Handelns überlassen. Wenn bei der immer länger werdenden Liste freiheitseinschränkender Maßnahmen manche meinen, ihr Freiheits- und Gestaltungsraum sei davon nicht berührt, so ist dies eine äußerst kurzsichtige Perspektive. Die Einschränkung von Bürgerfreiheiten - seien die Adressaten zunächst auch "nur" ganz bestimmte Gruppen - hat bislang noch immer zu einer Gesamtbeeinträchtigung des freiheitlich-rechtsstaatlichen Klimas im Umgang der Bürger mit den staatlichen Organen geführt. Wenn Richtern und Staatsanwälten, die sich gegen die Fortsetzung der Rüstungsspirale wenden und ihre wohlfundierten aus gewachsener praktischer Erfahrung gewonnenen Bedenken gegen die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechtes vortragen, ein Maulkorb umgehängt werden soll, dann erachtet man auch den Bürger für nicht mündig genug, diese Meinungsäußerungen abwägen und einordnen zu können.

Dasselbe gilt für die von Zimmermann ins Auge gefaßte Einschränkung der Filmförderung. Dem Bürger können eben gewisse kritische Äußerungen vorenthalten werden, damit er nicht zu Schlußfolgerungen kommt, die den Herrschenden nicht in den Kram passen. Wenn das Demonstrationsstrafrecht ohne sachlich gegebene Notwendigkeit eingeschränkt und die Bestrafungsmöglichkeit auch von friedlichen Demonstranten geschaffen werden soll, dann ist diese gesetzliche Maßnahme auch auf Arbeitnehmer an-



wendbar, die im Zuge der immer härter werdenden Lohn- und Arbeitskämpfe um ihre Rechte und ihren sozialen Besitzstand ringen. Wenn über die Einschränkung von Verteidigerrechten im Straf- und Bußgeldverfahren immer intensiver "nachgedacht" wird, dann sind davon auch die vielen Betroffenen, sei es nach einem Verkehrsunfall oder nach einer Anzeige, die ihr Recht vor den Gerichten suchen. Wenn Gemeinderäten verboten wird, wie dies in Baden-Württemberg geschieht, über eine vielleicht mögliche Stationierung von Atom- oder chemischen Waffen in ihrem Gemeindegebiet zu diskutieren und entsprechende Beschlüsse zu fassen, dann führt dies in nicht allzu ferner Zukunft auch dazu, daß sich diese Organe nicht mehr in Resolutionen zur Beeinträchtigung von Fluglärm und anderen die Bürger betreffenden Fragen äußern dürfen.

Die Veränderung des rechtspolitischen Klimas wurde in diesen Tagen besonders deutlich, als zwei Berliner Journalisten einen sogenannten Bekennerbrief abgedruckt hatten, ohne in irgendeiner Weise für dessen Inhalt werbend einzutreten, in Untersuchungshaft genommen und unter Anklage gestellt worden sind. Dieses Vorgehen und die damit verbundenen Folgen des Eingriffs in die Pressefreiheit belegt überdeutlich die Gefahren, denen wir mit zunehmender Geschwindigkeit ausgesetzt sein werden.

Diese Wende wollten die Bürger in unserem Lande nicht, als sie am 6. März der neuen Regierung die Mehrheit gaben. Wir und die Bürger dieses Landes wollen deshalb auch nicht, um noch ein weiteres Beispiel zu nennen, daß mit der Einführung des computerlesbaren Personalausweises der totalen Überwachung unserer Bürger Tür und Tor geöffnet wird.

(-/19.8.1983/va-he/ca)

+ + +



Klage gegen den Ausweis ist richtig

Bremen geht am weitesten im Schutz vor Mißbräuchen

Von Alfred Büllersbach

Landesbeauftragter für den Datenschutz der Freien und Hansestadt Bremen
Vorsitzender des Arbeitskreises der Datenschutzbeauftragten

Heiß umstritten ist seit dem warmen Sommer 1983 der neue Personalausweis, den die Bundesbürger ab Herbst 1984 erhalten sollen. An die Stelle des altbekannten Büchleins soll eine Plastikkarte treten, die nach Ansicht der Befürworter einige Vorteile hat, etwa reibungslosere Grenzkontrollen, erleichterte Fahndung nach Kriminellen und Terroristen, Sicherheit vor Fälschungen. Skeptiker hingegen befürchten für das Jahr 1984 einen Schritt in jene Horrorvision, die Georg Orwell in seinem Roman "1984" beschwor: der gläserne Mensch ohne Intimsphäre, die lückenlose Kontrolle des Individuums durch die Machthaber, Macht vor Recht und Wissen über Personen als Macht.

Nahezu einstimmig hatte der Deutsche Bundestag am 17. Januar 1980 das "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise" verabschiedet. Gleichzeitig und ebenfalls mit den Stimmen sämtlicher Fraktionen nahm der Bundestag folgende Entschließung an, die in der aktuellen Diskussion um den Ausweis leicht vergessen wird:

"Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß angesichts der raschen Fortentwicklung der automatischen Datenverarbeitung und deren Einsatz in der öffentlichen Verwaltung über die Verabschiedung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über Personalausweise hinaus weitere Maßnahmen erforderlich sind, um einen ausreichenden Schutz der Persönlichkeitsrechte der Bürger gegen mißbräuchliche Verwendung ihrer persönlichen Daten zu gewährleisten.

Die Bundesregierung wird deshalb ersucht,

1. den Entwurf eines datenschutzgerechten Melderechtsrahmengesetzes einzubringen und
2. die Arbeiten zur Entwicklung bereichsspezifischer Datenschutzregelungen für die Sicherheitsbehörden nachdrücklich fortzusetzen."

Ein solches Melderechtsrahmengesetz wurde inzwischen erlassen. (Bei Rahmengesetzen steckt der Bund gewisse Grenzen ab und überläßt die Details in der Ausführung den Ländern.) Auch die Länder verabschiedeten Meldegesetze.

So bestimmt das Bremer Meldegesetz vom 4. Oktober 1982, daß die Meldebehörde nur dann die (in der aktuellen Diskussion umstrittene) Seriennummer des Personalausweises/Passes registrieren darf, wenn ein solches Dokument für ungültig erklärt worden oder abhanden gekommen ist. Eine ähnliche einschränkende Regelung - die geeignet ist, die Furcht vor staatlicher Überwachung zu nehmen - kennen zum Beispiel auch die Länder Hamburg und Hessen. Die Gesetze der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz beispielsweise sehen die Speicherung der Seriennummer im Melderegister für Zwecke der Strafverfolgung und Gefahrenabwehr vor.

Spezifischer Datenschutz bei Verfassungsschutz und Polizei

Das einzige Land, das bisher in einem Gesetz über den Verfassungsschutz den Datenschutz in diesem Bereich festgelegt hat, ist die Freie Hansestadt Bremen. Das entsprechende Gesetz vom 23. März 1981 stieß damals auf heftigen Widerstand in CDU-regierten Ländern. Dieser Widerstand wurde offenbar aufgegeben. Die gegenwärtige Diskussion zum maschinenlesbaren, genauer: Computerlesbaren Personalausweis zeigt klar die Notwendigkeit, Bestimmungen zum Datenschutz auch für die Sicherheitsbehörden festzulegen.



Dies betrifft nicht zuletzt die Polizei. Das Bremische Polizeigesetz vom 21. März 1983, das Aufsehen bei Fachwelt und Öffentlichkeit erregte, kommentiert der Innensenator Helmut Fröhlich: "Damit wird erstmalig im Bundesgebiet ein bereichsspezifischer Datenschutz für die Polizei gesetzlich eingeführt. Auch hierdurch werden der Polizei die Grenzen zulässiger Informationsgewinnung und -verarbeitung aufgezeigt; zugleich wird ihr aber auch eine klare Rechtsgrundlage für das Tätigwerden auf einem Gebiet zur Verfügung gestellt, die es bisher nicht gab." - "Sie sind geeignet, das notwendige Vertrauen zwischen Bürger und Polizei zu vertiefen", meint auch der Bremer Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Werner Oelkers, zu den Bestimmungen der Freien Hansestadt.

Mit einer derartigen Datenschutzregelung stellte der Landesgesetzgeber fest: Die polizeiliche Datenverarbeitung ist für den Bürger so wichtig, daß sie nur aufgrund von Gesetzesregelungen möglich ist, die Inhalt und Umfang festlegen. In Bremen ist ein Auskunftrecht geschaffen worden, das es in keinem anderen Land gibt.

Bremen regelt unter anderem die Art und das Maß des polizeilichen Zuganges zu Versammlungen. Nur so können Mißtrauen und unbegründete Angst vor zuviel Überwachung abgebaut werden. Hinzu kommen weitere Einzelregelungen wie: "Umfang erkennungsdienstlicher Maßnahmen, Löschung bestimmter Informationen in Dateien und Akten, Übermittlung polizeilicher Daten an Nicht-Polizeibehörden und umgekehrt.

Gesunde Skepsis in der Bevölkerung

Ich habe Verständnis für die Verfassungsbeschwerde gegen das Ausweisgesetz des Bundes. Ich halte die Klage in dieser Situation für gut, weil man

hier vor einer grundsätzlich neuen Entscheidung steht und alle Folgen gewissenhaft überprüft werden müssen. Ich halte auch den Argwohn in der Bevölkerung gegen den Ausweis und seine möglichen Folgen für eine gesunde Skepsis. Der Arbeitskreis der Datenschutzbeauftragten erarbeitet gegenwärtig einen Kriterienkatalog für den Datenschutz in den Ausführungsbestimmungen der Länder zum Personalausweis-Gesetz des Bundes und ebenfalls zum Bundespaßgesetz. Die Beauftragten werden diese Kriterien ihren Regierungen vorlegen.

Die gegenwärtige Diskussion um den Ausweis bestätigt den Weg des Bremer Landesgesetzgebers, bereichsspezifische Datenschutzregelungen zu schaffen. Dies ist ein erfolgreicher Weg, die Persönlichkeitsrechte des Bürgers vor Mißbräuchen bei der Informationsverarbeitung zu schützen. Bremen hat datenschutzrechtliches Neuland beschrritten. Deshalb bedürfen auch die Normen dieses Landes der Erprobung, damit wir in einigen Jahren die Zweckmäßigkeit der einzelnen Bestimmungen diskutieren können. (/19.8.1983/vo-he/ca)

+

+

+



Ende der Friedenserziehung?

Der Verfassungsauftrag wird CDU-Zielen untergeordnet

Von Herbert Moser MdL

Vorsitzender des SPD-Arbeitskreises "Schule, Jugend und Sport"

Im Mai 1983 diskutierte der Landtag von Baden-Württemberg über die Friedenserziehung an unseren Schulen.

Das Angebot der SPD, Friedenserziehung in unseren Schulen umfassend und nach gemeinsamen Grundsätzen durchzuführen, wurde vom Kultusminister mutwillig und in einer derart demagogischen Art abgelehnt, daß man sich fragen muß, ob die Friedenserziehung in Baden-Württemberg damit am Ende ist.

Die Frage, wie wir Friedenserziehung an unseren Schulen betreiben wollen, wurde vom Kultusminister zu einer Debatte für oder gegen die Bundeswehr gemacht.

Die CDU und der Kultusminister lehnten zudem die Umsetzung der von allen überzeugten Demokraten mitgetragenen Forderungen nach einer umfassenden Gestaltung der Friedenserziehung in den Lehrplänen ab.

Der Schlüssel zu einer umfassenden Friedenserziehung in der Schule liegt in den Lehrplänen, die derzeit zur Revision anstehen. Hierbei gibt es für den politischen Unterricht (Geschichte, Gemeinschaftskunde) Grundsätze, die bisher von allen politischen Kräften anerkannt waren:

- Der erste Grundsatz ist das aus der Verfassung abzuleitende Überwältigungsverbot, das es verbietet, politische Meinungen oder politische Beurteilungen kraft Lehrplan verbindlich vorzuschreiben und zur Grundlage des Unterrichts zu machen. Das Prinzip des Überwältigungsverbots wurde im baden-württembergischen Landtag von der CDU nunmehr erstmals ausdrücklich abgelehnt.
- Das zweite Prinzip ist das Prinzip der offenen und ehrlichen Diskussion kontroverser Themen. Das heißt, daß im politischen Unterricht öffentlich ausgetragene Kontroversen als solche dargestellt werden müssen im Hinblick auf die Friedenserziehung zum Beispiel im Sinne eines demokratischen Ringens um den besten Weg zum Frieden. Auch dieses Prinzip wurde jetzt von der CDU jedenfalls für den Unterricht in den Schulen des Landes ausdrücklich abgelehnt.
- Das dritte Prinzip ist das Prinzip der Pluralität. Das heißt, daß im Rahmen der in Grundgesetz und Landesverfassung garantierten Grundfreiheiten verschiedene Meinungen auch in den Schulen vertreten werden können.

Im Sinne einer freiheitlichen Gesellschaft ist dies der in unserer Verfassung vorausgesetzt Normalzustand. Auch mit diesem Prinzip konnte sich die CDU in Baden-Württemberg offenbar nicht mehr einverstanden erklären.

Aber nicht nur die Zerstörung gemeinsamer Grundprinzipien des Unterrichts wurde von der CDU im Landtag von Baden-Württemberg vorgeführt, sondern auch wie man mit falschen Behauptungen den politischen Gegner bewußt denunziert. So behauptete der Kultusminister im Landtag, in den Vorstellungen der Opposition würde die Bundeswehr in Randbereiche abgedrängt und die SPD würde nicht hinter der Bundeswehr stehen oder, man dürfe in sozialdemokratischen Reihen den Defensivauftrag, den Ver-



fassungsauftrag der Wehrpflicht und den speziellen Friedensauftrag der Bundeswehr schon gar nicht mehr aussprechen. Dies ist Demagogie und schlicht unwahr. Dies gilt auch für die Behauptung des Ministers, daß die SPD den Dienst in der Bundeswehr nicht mehr als Friedensdienst anerkennt.

Es muß befürchtet werden, daß die in der Landesverfassung ausdrücklich geforderte Erziehung zum Frieden einseitigen Vorstellungen untergeordnet wird.

Einen weiteren Ansatz totalitären Denkens lieferte der Kultusminister im Juli, als er im Ausschuß für Schule, Jugend und Sport erklärte: "Wer die schriftliche Erklärung der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig-Holstein zur Friedenssicherung und Bundeswehr ablehne, lehne in letzter Konsequenz die Bundeswehr in ihrem Verfassungsauftrag ab."

Im Klartext: Wer die CDU-Meinung von politischem Unterricht nicht teilt, der wird in die Nähe von Verfassungsfeinden gerückt. Somit ist klar, daß die CDU politischen Unterricht machen will, der nur CDU-Vorstellungen entspricht.

Auf dieser Linie liegt auch das Verbot des Ministers, zu Fragen der Friedenserziehung und Bundeswehr neben Bundeswehroffizieren nicht mehr Vertreter von Kriegsdienstverweigerern im Unterricht zuzulassen.

Dies wird dazu führen, daß innerhalb des Unterrichts nicht mehr ausgewogen diskutiert werden kann und das Mißtrauen junger Menschen gegenüber dem demokratischen Staat steigt, denn Schüler wollen beide Seiten hören. Verbote dieser Art führen mehr und mehr zu einer Polarisierung, die dem Staat und der Bundeswehr nur schaden können.

Verheerend ist auch das Gedankenspiel des Ministers Mayer-Vorfelder, daß ein Lehrer, der nicht "gedient" hat und möglicherweise Ersatzdienstleistender war, keine Berufskompetenz mehr haben soll.

Wer also ein Verfassungsrecht in Anspruch nimmt, der wird zur persona non grata. In totalitären Staaten wird mit Andersdenkenden ähnlich verfahren, wie in den Gedankenspielen des baden-württembergischen Kultusministers. Muß er sich denn wundern, wenn immer mehr Bürger des Landes Parallelen zu totalitären Zeiten deutscher Geschichte sehen?

(-/19.8.1983/hi/ca)

+ + +



ZEITSCHRIFTEN-BESPRECHUNGFriedensbewegung und SPD-Parteitag

Die neueste Ausgabe der "Sozialistischen Tribüne" der Theorie-Zeitschrift der Jungsozialisten, ist mit Beiträgen von Egon Bahr, Rudolf Hartung, Oskar Lafontaine, Dieter S. Lutz und anderen einer von zahlreichen publizistischen Beiträgen der Jungsozialisten zum "heißen Herbst", wie es so schön im Jargon der Zimmer- und Rebmänner heißt.

Die Beiträge sollen die Diskussion innerhalb des Verbandes der Jungsozialisten und innerhalb der SPD widerspiegeln, die sich spätestens seit 1979 wieder sehr intensiv mit dem Themenkomplex Frieden und Abrüstung beschäftigen. - Sie sollen aber auch anregen, einmal einen Blick über die Grenzen unserer Republik hinauszuwerfen und sich mit den in den USA, Frankreich, der UdSSR geführten Debatten und Positionen zur Friedenspolitik zu beschäftigen.

Denn bei allem notwendigen Engagement hier steht fest: ohne die Friedensbewegung anderer Völker werden wir Bundesdeutschen allein die wahnwitzigen atomaren, biologischen und chemischen Aufrüstungsspiralen - von der konventionellen Weiterrüstung ganz zu schweigen - nicht rückgängig machen können.

Die Diskussion um Frieden und Abrüstung ist deshalb notwendig international. Sie war es auch stets in der Geschichte der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien. Daß wir von dieser Politik des Wettrüstens in besonderem Maße betroffen sind - ist doch die BRD schon heute zur atomaren Abschußrampe der Nato geworden -, entläßt sich daraus, die internationalen Aspekte mindestens mit zu betrachten.

Darüber hinaus gilt es, Alternativen zur Rüstung gründlicher als bisher geschehen zu entwickeln. Deshalb befaßt sich der Artikel Roman Röhrigs mit alternativen sicherheitspolitischen Strategien; und deshalb wird im Beitrag von Einemann und Lübbing versucht, konkrete Vorschläge zur Rüstungskonversion zu machen. Beides sind Ansätze, Vorgaben für die notwendige weitere Debatte, wollen die Linken in der BRD nicht nur bei moralischen Verurteilungen stehen bleiben, sondern sich auch in die laufenden Diskussionen etwa von SPD und Gewerkschaften mit einmischen. Dies aber erscheint bitter notwendig.

In Anlehnung an die "Sozialistische Tribüne" Nr. 1/1982 werden auch in diesem Heft Anträge aus SPD-Gliederungen zum außerordentlichen SPD-Parteitag im November 1983 dokumentiert. Damals hieß es im Vorspann zu den Friedensanträgen für den ordentlichen Parteitag in München im April 1982:

"Ihr Hauptmangel ist meines Erachtens auch der Hauptmangel in vielen Diskussionen innerhalb der Friedensbewegung: es gelingt in ihnen nicht, ein Gesamtscenario der Nato-Aufrüstungsprogrammatik zu entwerfen; sie konzentrieren sich allzu sehr auf die geplante Raketenstationierung -; die "Tornado"-Kampfflugzeuge und deren fliegende Einsatzzentrale AWACS, die gesamte Modernisierung und Präzisierung der Gefechtsfeldwaffen bleiben ebenso "unterbelichtet" wie die Verbesserungen und Vereinfachungen in den Kommandostrukturen der Nato -: dies alles doch nur zum Zwecke der Führbarmachung eines Nuklearkrieges."

Dies trifft auch auf die jetzt vorliegenden Anträge zu. Ja, von der Thematik des außerordentlichen Parteitages her ist sogar eine noch stärkere Konzentrierung allein



auf die im Herbst drohende Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II-Raketen erklärlich.

Geändert haben sich allerdings die innerparteilichen Kräfteverhältnisse in dieser Frage: Eine große Delegiertenmehrheit wird voraussichtlich gegen eine Stationierung votieren. In der SPD hat der Nachrüstungsbeschluss der Nato-Staaten vom 12. Dezember 1979 keine Mehrheit mehr. Jedoch hat die SPD auch nicht mehr die (Regierungs-)Macht, die atomare Nachrüstung auf administrativem oder ausschließlich parlamentarischem Wege zu verhindern. Um so wichtiger ist die Zusammenarbeit mit den "kritischen Bundesgenossen" der Friedensbewegung für sie.

Die Jungsozialisten-Positionen bleiben dabei weiterhin auf der Tagesordnung:

- "Kürzung des Rüstungsetats zugunsten einer Erhöhung der Sozialausgaben, Beschäftigungsprogramme und Verstärkung der Entwicklungshilfe.
- Keine Stationierung neuer amerikanische Atomraketen und deshalb Aufkündigung des Nato-Rüstungsbeschlusses.
- Stop der Stationierung weiterer atomarer und chemischer Waffen in Europa.
- Ernsthafte Verhandlungen über den Abbau der Atomwaffen in Europa und eine beiderseitige Abrüstung mit dem Ziel der Schaffung einer atomfreien Zone in Europa."

(Zu beziehen ist die "Sozialistische Tribüne" über die Jungsozialisten in der SPD, Ollenhauerstraße 1, 5300 Bonn, zum Preis von DM 5,--.)

Heinz Thörmer

(-/19.8.1983/vo-he/ca)

+

+

+

